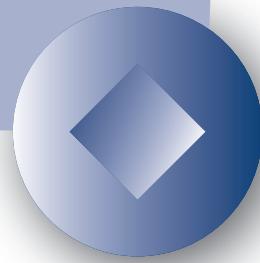


ergebenden Zuständigkeits-Konkurrenzen müssen daher immer wieder neu in den örtlichen Gremien ausgehandelt und vereinbart werden.

Die Grenzen lokaler Intervention machen sich schließlich auch an der Frage der Durchlässigkeit von Qualifizierungsmaßnahmen bzw. der Verallgemeinerbarkeit von Leistungsnachweisen (Anerkennung von Zertifikaten) fest. Kommunen verfügen nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten, um auf die Anschlussfähigkeit der in der Berufsausbildungsvorbereitung erworbenen Kompetenzen hinzuwirken. Hier setzen die aktuellen Debatten um eine stärkere Modularisierung der Berufsausbildung (Entwicklung von Qualifizierungsbausteinen resp. Ausbildungsbausteinen) an, die vor allem auf eine verbesserte Anschlussfähigkeit von Bildungsgängen und Lernleistungen abhebt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Erfolgreich kann ein kommunal verantwortetes Übergangsmanagement nur dann sein, wenn es gelingt, die Zugangschancen zur betrieblichen (Ausbildungs- und Arbeits-)Praxis gerade auch für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu verbessern bzw. soziale Ungleichheiten und ungleiche Startchancen zu korrigieren; wenn es gelingt, Unterstützungsstrukturen zu schaffen, die es den Jugendlichen ermöglichen, ihren Weg selbstbewusst und hartnäckig selbst zu finden; wenn dabei Sackgassen vermieden werden, also solche Maßnahmen und Angebote, in denen die Jugendlichen nichts Neues lernen, Erlerntes eher wieder verlernen, wenn ihnen zweite und dritte Chancen geboten werden, einen Schul- oder Ausbildungsabschluss zu erreichen.

Die Wirksamkeit aller Aktivitäten und damit der Erfolg des koordinierten und systematischen Übergangsbereichs erweist sich somit erst vom Ende her, nämlich dann, wenn die Jugendlichen tatsächlich (und längerfristig) in Ausbildung und/oder Arbeitsverhältnisse eingemündet sind, die ihnen eine eigenständige Lebensführung ermöglichen. Ein qualitativ hochwertiges und koordiniertes Übergangsmanagement kann deshalb nur erfolgreich sein, wenn die zugrunde liegenden Strukturprobleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gelöst werden. ■



Bericht über die Sitzung 3/2007 des Hauptausschusses am 13. Dezember 2007 in Nürnberg

GUNTHER SPILLNER

Anlässlich der Bayerischen Berufsbildungsmesse 2007 tagte der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Einladung der Bayerischen Staatsregierung im Messezentrum Nürnberg. Schwerpunkte der ganztägigen Sitzung waren das Konzept für ein internationales „Large Scale Assessment“ beruflicher Bildung (VET-LSA) und die aktuelle Ausbildungsplatzsituation.

Die Professoren Martin BAETHGE und Frank ACHTENHAGEN sowie Dr. Lena ARENDTS und Dr. Esther WINTHER von der Universität Göttingen und Prof. Reinhold NICKOLAUS von der Universität Stuttgart stellten das Konzept für ein internationales „Large Scale Assessment“ vor. Dabei gingen sie vor allem auf die Verfahren der Kompetenzmessung, die zugrunde liegenden Kompetenzmodelle sowie die Bedingungen für eine internationale Vergleichbarkeit ein. Im Anschluss an die umfangreiche Präsentation fand eine intensive Aussprache statt. Dabei wurde die Sorge geäußert, dass es aufgrund des Untersuchungsdesigns und der vorgesehenen Messinstrumente zu einer Fehleinschätzung der Leistungen der deutschen Berufsbildung im internationalen Vergleich kommen könne. Angeregt wurde, über breiter und tiefer angelegte qualitative Verfahren nachzudenken, mit denen berufliche Handlungskompetenz im umfassenden Sinne erfasst werden könnte. Alle Bänke erachteten als entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung, dass die Akteure, namentlich Wirtschaft und Gewerkschaften, adäquat eingebunden werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als Auftraggeber der Machbarkeitsstudie machte deutlich, dass es sich an die Spitze der Entwicklung setzen wolle; zur Zeit finde ein intensiver Consultations- und Diskussionsprozess auf nationaler und internationaler Ebene statt. Der Hauptausschuss verabschiedete eine Stellungnahme zur Initiative des BMBF, die dieser Ausgabe der BWP im Wortlaut beiliegt.

Literatur aktuell



Sie erhalten diese Veröffentlichung beim:
W. Bertelsmann Verlag
Postfach 10 06 33
33506 Bielefeld
Telefon: (05 21) 91101-11
Telefax: (05 21) 91101-19
E-Mail: service@wbv.de

BIBB.

Die anerkannten Ausbildungsberufe 2007

Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung

Das Nachschlagewerk der Berufsausbildung dokumentiert die Arbeiten zur Ordnung der beruflichen Bildung im nichtschulischen Bereich und nennt die anerkannten Ausbildungsberufe, die in Erprobung befindlichen Berufe sowie alle aufgehobenen und geänderten Berufe. Die Veröffentlichung informiert über die Dauer von Ausbildungsgängen, führt Rechtsgrundlagen auf und benennt Ausbildungsordnungen. Ergänzend finden sich in dem Band Angaben über Ausbildungsregelungen für Berufe im Gesundheitswesen sowie die landesrechtlichen Ausbildungsregelungen für sozialpflegerische und pädagogische Berufe.

BIBB 2007, ISBN 978-3-7639-3568-0
580 Seiten, 29.90 €

machen. Im Übrigen sei ein erheblicher Teil des Neuangebots im außerbetrieblichen Bereich und aufgrund einer öffentlichen Finanzierung zustande gekommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erläuterte Prof. Reinhold WEISS, Ständiger Vertreter des Präsidenten und Forschungsdirektor des BIBB, den Zwischenbericht des Bundesinstituts zur Umsetzung der Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat im Rahmen der Evaluierung der Forschungsarbeit des BIBB gegeben hatte. Prof. Dieter EULER, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats im BIBB, bewertete das Papier als insgesamt sehr gelungen. Das BIBB sei an vielen Stellen innovativ vorgegangen und befindet sich „auf einem sehr guten Weg“. Durch gezielte Kooperationen setze sich das Institut mit den Standards des Wissenschaftsbetriebs auseinander und adaptiere sie. Ein großes Spannungsfeld betreffe noch die Frage der Qualitätssicherung. Hier sei ein konstruktiver Klärungsprozess in Gang. Sein persönliches Fazit war, dass er „nach einem guten Rezept jetzt gespannt aufs Menü“ sei.

Der Hauptausschuss stimmte dem Entwurf des jährlichen Forschungsprogramms des BIBB für 2008 zu. EULER begrüßte, dass die einzelnen Projekte detaillierter als in den Vorjahren beschrieben, intern und extern mit einschlägiger Forschung vernetzt und Anregungen der Gremien gut umgesetzt worden seien. Alle Projekte zeigten eine hohe wissenschaftliche und praktische Relevanz. Wolfgang OPPEL, Vorsitzender des Unterausschusses Berufsbildungsforschung, sprach von einem guten Jahr der Berufsbildungsforschung im BIBB.

Der Hauptausschuss verabschiedete des Weiteren eine Empfehlung zur Neustrukturierung des Berufsbildungsberichts und Handlungsvorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen. Beide Empfehlungen liegen dieser Ausgabe der BWP im Wortlaut bei. Außerdem beschloss er Verordnungsentwürfe über die Berufsausbildungen zum Fotomedienfachmann/zur Fotomedienfachfrau und zum Personaldienstleistungskauffrau / zur Personaldienstleistungskauffrau sowie Verordnungen über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Veranstaltungsfachwirt/Geprüfte Veranstaltungsfachwirtin, Geprüfter Industriemeister/Geprüfte Industriemeisterin Fachrichtung Papier- und Kunststoffverarbeitung und Geprüfter Immobilienfachwirt/Geprüfte Immobilienfachwirtin.

Joachim NIEBUR (Arbeitgeber) wurde zum Vorsitzenden und Ingrid SEHRBROCK (Arbeitnehmer) zur stellvertretenden Vorsitzenden für das Jahr 2008 gewählt. Wolfgang OPPEL, der mit Ablauf dieser Sitzung aus dem Hauptausschuss und sämtlichen Gremien des BIBB ausschied, wurde vom Vorsitzenden des Hauptausschusses und vom Präsidenten des BIBB für seine Verdienste, für sein Engagement und für seinen herausragenden Einsatz gewürdigt. ■

Die aktuelle Ausbildungsplatzsituation und die Bilanz des Ausbildungsjahres wurde von Seiten der Bundesregierung positiv bewertet. Weiterhin prioritär bleibe die Lösung der Altbewerberproblematik. Auch der Präsident des BIBB bezeichnete die aktuelle Ausbildungsplatzbilanz als sehr erfreulich. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsvträgen sei ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Er verwies aber zugleich auf die unabhängig davon fortbestehenden und zu lösenden Probleme der Altbewerber/-innen und der Benachteiligungen – z.B. von jungen Leuten mit Migrationshintergrund – am Ausbildungstellenmarkt. Für die Bundesagentur für Arbeit wies Werner Burg auf die hohe Affinität zwischen dem Arbeitsmarkt und dem Ausbildungstellenmarkt hin. Der kontinuierliche Abbau der Zahl arbeitsloser Jugendlichen unter 25 Jahren am Arbeitsmarkt beginne sich auch im Ausbildungsmarkt widerzuspiegeln. Während die Arbeitgeber die Ausbildungsplatzbilanz insgesamt positiv bewerteten, reicht der Aufwuchs an betrieblichen Ausbildungsstellen nach Meinung der Arbeitnehmer noch lange nicht aus, um allen Ausbildungsplatzsuchenden und Altbewerbern ein Angebot zu